



## Newsletter

*November 2018*

Liebe Leserin, lieber Leser,

spannende Zeiten für Europa: Angela Merkel besucht das Parlament in Straßburg und spricht über ihre Vorstellungen von der Zukunft der Europäischen Union, Macrons Bewegung En Marche kündigt eine mögliche Zusammenarbeit mit der liberalen Fraktion ALDE nach der Europawahl an, Gesetzesberatungen laufen auf Hochtouren – alles soll noch bis April fertig verhandelt werden. Und dann richtet sich der Blick immer öfter nach London. Ich habe schon vor mehreren Monaten im Freundeskreis und im Parlament meine Vermutung geäußert, dass der BREXIT im letzten Moment noch abgesagt wird, nicht nur weil ich eine unverbesserliche Optimistin bin, sondern auch weil sich keine vernünftige Lösung für die diversen Probleme zeigt – wäre doch schön, wenn es so käme!

Befremdlich und besorgniserregend finde ich den Europa-Parteitag der AfD, auf dem fremdenfeindliche, nationalistische und teils menschenverachtende Töne zu hören sind. Bitte gehen Sie alle im Mai zur Wahl und wählen Sie pro-europäisch!

Mein persönliches Highlight war die Ozeankonferenz auf Bali – dazu mehr in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!

## *Inhalt*

### **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (ALDE Berichterstatterin)	Seite 3
Praxisferne CO2-Vorgaben für LKW	Seite 3
Debatte mit Bundeskanzlerin Angela Merkel	Seite 4
Ansprache von Cyril Ramaphosa, Präsident der Südafrikanischen Republik	Seite 5
Verleihung des Lux-Filmpreises	Seite 6
Das Saubere-Energie-Paket: eine große Chance, auch für "blaue" Energie – doch es kommt auf die Umsetzung an	Seite 6
Reform der Bahnpassagierrechte	Seite 7

### **II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg**

SEARICA: Für nachhaltige Maritim- und Küstentourismus Gemeinschaften	Seite 8
European Maritime Single Window (Schatten-Berichterstatterin)	Seite 8
EMMA Konferenz über die europäische Binnenschifffahrt	Seite 9
MetalleProKlima - Wie können wir das Investitionsklima Europas für eine kohlenstoffarme Industrie verbessern?	Seite 9
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 10

### **III. Aus Deutschland und aller Welt**

Bali: Internationales Promi-Treffen bei der Our Ocean Konferenz	Seite 11
Madrid und Berlin: Europawahl im Fokus	Seite 12
Langenhagen: Besuch bei UPS	Seite 12

### **IV. Terminvorschau**

## ***I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen***

### **Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (ALDE Berichterstatterin)**

Der Zeitplan für meinen Bericht über die Entsorgung von Schiffsmüll in europäischen Häfen ist eng getaktet. Wir haben Anfang November mit den Trilogern (Beratung der 3 Institutionen Kommission, Parlament und Rat) unter meiner Leitung als Berichterstatterin begonnen, diese Woche findet das zweite Treffen statt und wir hoffen, bis Ende des Jahres – quasi „unterm Christbaum“ - fertig zu werden. Danach geben die Österreicher ihre Präsidentschaft ab und es ist immer einfacher, die Verhandlungen mit einem Team abzuschließen. Ungefähr die Hälfte des Textes wurde im 1. Trilog durchgesprochen und wir haben uns in vielen weniger problematischen Punkten schon geeinigt. Die größten Knackpunkte hebt man sich allerdings bis zum Ende auf. Der Rat muss vor allem noch sehen, wie er auf einige neue Vorschläge, die wir als Parlament in unsere Position geschrieben haben, reagiert. Es geht zum Beispiel darum, dass Tanks, in denen besonders klebrige Substanzen wie Paraffin transportiert werden, obligatorisch im Hafen ausgewaschen werden sollen. Heutzutage können die Schiffe diese Tanks auf offener See selbst ausspülen mit dem Ergebnis, dass die klebrigen Reste an europäischen Stränden landen. Auch möchte das Parlament, dass alle Mitgliedstaaten sogenannte Fishing-for-litter Fonds einrichten, also Geld bereitstellen für die Entsorgung von Müll, den Fischer in ihren Netzen aus dem Wasser ziehen. Wenn dieser unerwünschte Beifang am Ende die Müllgebühren für Fischer im Hafen steigen lässt, besteht die Gefahr, dass sie alles wieder über Bord werfen, und das kann ja niemand wollen. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass wir da eine Einigung finden.

### **Praxisferne CO2-Vorgaben für LKW**

Im Anschluss an die letzte Plenarsitzung in der wir bereits überzogene Grenzwerte für PKW abgestimmt hatten, hat jetzt das Parlament CO2-Ziele für schwere Nutzfahrzeuge beschlossen. Leider wurden auch hier zwar wünschenswerte, aber zu ambitionierte und nicht realisierbare Grenzwerte mit knappen Mehrheiten angenommen. Die schärferen Zielvorgaben sind meiner Meinung nach praxisfern und im vorgegebenen Zeitraum nicht erreichbar. Zusammen mit den indirekten Quoten für Elektro-LKWs werden den Speditionen Elektroautos per Gesetz vorgeschrieben. Dies entspricht nicht den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft und ist auch kein technologieneutrales Vorgehen, das meines Erachtens viel angebrachter wäre. Hier wird nur davon ausgegangen, was aus dem Auspuff rauskommt, statt den gesamten Lebenszyklus eines Fahrzeugs inklusive Produktion zu betrachten, was für die Erreichung der Klimaziele viel wichtiger wäre.

Die LKW-Hersteller sollen nun die CO2-Emissionen für schwere Nutzfahrzeuge im Durchschnitt um 20 Prozent bis 2025 und mindestens 35 Prozent bis 2030 senken. Die Kommission hatte ursprünglich 15 Prozent bis 2025 bzw. 30 Prozent bis 2030 vorgeschlagen, wobei das 2030-Ziel in Abhängigkeit einer Überprüfung zu bestätigen war. Laut des Parlamentsbeschlusses darf nun der 2030-Wert nur nach oben korrigiert werden. Beide Zielvorgaben sind zu ambitioniert, zumal die Daten zur Berechnung des Flottengrenzwertes für 2025 noch nicht vorliegen. Die Hersteller wissen also noch gar nicht, welchen Flottendurchschnitt sie 2025 erfüllen müssen. Diese Daten werden wohl erst 2021 vorliegen. Schon deshalb sind die Forderungen utopisch. Weiterhin schreibt der Entwurf eine Quote durch die Hintertür vor - nach der Definition von emissionsarmen Fahrzeugen ist das Ziel nur mit Elektro-LKWs zu erreichen. Die Technologie für die Langstrecke ist allerdings noch nicht verfügbar. Natürlich müssen wir Emissionen reduzieren. Dafür wäre es aber sinnvoller, den Straßenverkehr in den EU-Emissionshandel einzubeziehen. So sparten wir uns die Technologie-Debatte und hätten ein marktbasierendes System nach Verursacherprinzip. Ebenso würden im Güterbereich die Verkehrsträger in fairem Wettbewerb

zueinanderstehen. Die Flottenanteile von emissionsarmen LKWs - per Definition also Elektro-LKWs - sollen ab 2025 mindestens 5 Prozent, ab 2030 20 Prozent betragen.

Außerdem enthält der Gesetzesentwurf überzogene Strafzahlungen. Bei nur einem Gramm CO<sub>2</sub> mehr als erlaubt könnten die Strafen eine Höhe von der Hälfte des Jahresgewinns eines Herstellers ausmachen – eine absolut maßlose Forderung. Zwar wurde in der Abstimmung die Höhe leicht abgeschwächt, aber das Ausmaß ist vergleichbar. Wir FDP-Abgeordneten haben aus diesen Gründen gegen den Vorschlag gestimmt.

Die angenommene Parlamentsposition wird nun mit dem Rat und der Kommission im Trilog verhandelt, wobei einige Änderungen zu erwarten sind. Dem Ergebnis müssen Parlament und Rat noch zustimmen.

### **Debatte mit Bundeskanzlerin Angela Merkel**

Am 13. November war Kanzlerin Angela Merkel mit einer Rede über die Zukunft Europas und anschließender Diskussion mit dem Parlament an der Reihe. Merkel hat sich während ihrer bisherigen Amtszeit als starke Europäerin mit Führungskompetenz gezeigt und wurde mit standing Ovations begrüßt. Ihr Diskurs drehte sich um den Appell für ein friedliches und vereintes Europa, basierend auf den europäischen Werten von Solidarität, Toleranz – die Seele Europas und ein unverzichtbarer Grundwert, wie sie betonte - und Verantwortung. Mit dem 100-jährigen Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs ist es ein beängstigender Gedanke, dass der wachsende Populismus und Nationalismus eine ähnliche Atmosphäre schaffen kann wie vor hundert Jahren. „Nationalismus und Egoismus dürfen nie wieder eine Chance in Europa haben“, sagte Merkel. Europa darf nicht in die Falle der Fragmentierung gelangen, sondern muss seine Zukunft selbst und gemeinsam in die Hand nehmen. Mit den Themen europäische Armee, wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der EU und der Notwendigkeit einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik traf sie auf breite Zustimmung im Parlament, löste damit aber auch lautstarke Zwischenrufe der Europagegner aus. Ihre Reaktion: „Machen Sie nur weiter, so etwas kenne ich ja auch aus dem Bundestag.“

Eine europäische Armee ist für Merkel eine einzigartige Möglichkeit, um die Mitgliedstaaten zusammenzubringen. Ihr Vorschlag ist es, eine zur NATO komplementäre europäische Armee zu formen und ein europäisches Äquivalent des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu entwickeln. Mit diesem Vorschlag schloss sie sich dem französischen Präsidenten Macron an, der während des 100-jährigen Gedenkens des Ersten Weltkrieges in Paris bereits die Notwendigkeit für eine europäische Armee erwähnte. Auch die FDP spricht sich seit langem für eine europäische Armee aus mit einheitlichen waffentragenden Systemen, was nicht nur effektiver, sondern auch viel billiger wäre.

Zusätzlich unterstrich Merkel die Rolle Europas, eine stabile und starke innovative Ökonomie innerhalb der globalen Wirtschaft zu sein. Ein finanziell starkes Europa sei auch ein politisch starkes Europa. Dabei rief sie die Mitgliedsstaaten auf, Verantwortung für Europa zu nehmen und nationale Alleingänge zu vermeiden. Es muss weiter an der Bankenunion gearbeitet werden, um wirtschaftliche Einheit zu versichern. Diese Einheit benötigt Europa in einer Welt, in der man sich nicht länger auf die Vereinten Staaten verlassen kann und in der Zweifel am Einfluss wachsender Wirtschaftsmächte wie China entstehen. Finanzielle Instabilität und Wirtschaftskrisen der jüngsten Vergangenheit haben jedoch dazu beigetragen, dass Mitgliedsstaaten sich im Stich gelassen gefühlt haben. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben jetzt den Auftrag, das Vertrauen in die Union wiederherzustellen und sich für ein einheitliches, wirtschaftlich starkes Europa einzusetzen.

Am Ende kam Merkel zum Thema Einwanderung und Flüchtlinge. Sie gab zu, dass ihre Ambition, die Flüchtlingsfrage in 2015 alleine zu lösen, falsch war und sie viel zu lange damit gewartet hat, sich mit

anderen Mitgliedstaaten abzustimmen. Die Folge waren ein fragmentierter europäischer Ansatz, zeitweise neue Grenzkontrollen und der Anstieg von Populismus und Nationalismus. Merkel rief erneut die Mitgliedsstaaten auf, keinen Alleingang einzugehen, sondern eine gemeinsame und einheitliche Asylpolitik zu entwerfen. Ihre Betonung auf Solidarität und Toleranz wiederholte sie hier nochmal. Das Wohl der Flüchtlinge und die Interessen unserer Partnerländer und Nachbarn dienen letztendlich auch unserem Wohl und unserem Interesse. Dazu gehört es auch, Afrika gemeinsam zu stärken und zu unterstützen, notfalls auch mit Waffenlieferung. Wörtlich sagte sie: „Wenn wir afrikanischen Staaten und Völkern gegen ihre terroristischen Feinde helfen wollen, darf das nicht bei der Ausstattung mit Schuhen enden.“

Auch zum Abschluss ihres Auftritts erhielt Merkel standing Ovations, sicher auch, weil sie versucht hat, die vielen Fragen der Abgeordneten zumindest kurz zu beantworten. Mich hat vor allem das Eingeständnis einer Fehleinschätzung bei der Flüchtlingsfrage beeindruckt – wer gibt schon gern so etwas öffentlich zu? Es bleibt jedoch die Frage, ob ihre Appelle nicht zu spät kommen. Die Rolle, die unser Land jetzt in der Zukunft Europas spielen wird, wirft weiterhin auch Fragen auf. Dazu äußerte sich unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt, indem er Merkel daran erinnerte, welche Verantwortung Deutschland als einflussreiches Land in europäischen Angelegenheiten hat und immer haben wird. Merkel und Deutschland müssen jetzt einen "europäischen Sprung vorwärts" machen, indem sie sich weiter mit der pro-europäischen Haltung Frankreichs verbünden und die wichtigsten und tiefsten europäischen Ideale erneut durchsetzen; Ideale, die in den Jahren der deutschen Einigung so lebendig waren, jetzt aber riskieren, in den Hintergrund zu verschwinden. Der europäische Traum muss wiederbelebt werden. Darin muss Deutschland eine Vorreiterrolle nehmen.

### **Ansprache von Cyril Ramaphosa, Präsident der Südafrikanischen Republik**

Der südafrikanische Präsident besuchte das Europäische Parlament in Straßburg und machte in seiner Rede sehr deutlich, wie wichtig die gute afrikanisch-europäischen Beziehungen für Südafrika und den gesamten afrikanischen Kontinent ist. Gleich zu Beginn der Rede würdigte er Nelson Mandela als außerordentliche Persönlichkeit, die die Apartheid in Südafrika beendet hat. Man müsse sich an großartige Persönlichkeiten und ihre Visionen und ihre demokratischen Werte erinnern, besonders jetzt, wo rechtspopulistische Parteien unsere Gesellschaft bedrohen.

Afrika hat mit ethnischen Konflikten, Unterentwicklung, politischen Unruhen und Krieg um Ressourcen zu kämpfen. Dies führt zu starker Armut, hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Ungleichheit. Da dies auch die Ursachen für die starke Migration von Afrika nach Europa sind, ist es wichtig, diese Probleme gemeinsam anzugehen. Dank verschiedener Abkommen und Initiativen zwischen der EU und Afrika ist es möglich, an Themen wie Handel, Klimawandel, Bildung und Gesundheit zu arbeiten, um so jungen Afrikaner Perspektiven zu geben und ihr Leben im Heimatland zu verbessern. Zudem hat Ramaphosa stolz erzählt, dass ausländische Unternehmen Interesse zeigen, in Afrika zu investieren und Standorte dort aufzubauen. Trotz vieler Probleme hat Afrika den großen Vorteil, viele natürliche Ressourcen und eine sehr junge Bevölkerung zu haben. 60% der Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt und es gibt gute Universitäten, an denen junge Leute gut ausgebildet werden. Dieses Potential haben auch Europa und andere Investoren erkannt. Das wirtschaftliche Wachstum bringt natürlich auch Frieden und Sicherheit mit sich.

Beim Thema Landbesitz zeigte sich der Südafrikanische Präsident sehr optimistisch und positiv. Noch seit der Kolonialzeit ist die Landfrage zwischen ethnischen Gruppen oft ungelöst. Dazu kommt, dass ausländische Investoren Land in Afrika pachten, wodurch die lokale und einheimische Bevölkerung benachteiligt wird. Cyril Ramaphosa beharrte allerdings darauf, dass eine Lösung basierend auf demokratischen Werten gefunden werden kann.

Seine Ansprache war gezeichnet von Dankbarkeit gegenüber der EU für ihre langjährige Freundschaft, Hilfe und Unterstützung bei der Bekämpfung der Apartheid und dem Wiederaufbau des südafrikanischen Landes.

### **Verleihung des Lux-Filmpreises**

Seit 2007 wird der Lux Film Preis vergeben. Die Filme beleuchten Themen, die in der europäischen öffentlichen Debatte im Mittelpunkt stehen. Das Parlament ist der Ansicht, dass das Kino als kulturelles Massenmedium eine ideale Plattform für Diskussionen und Reflexionen über Europa und seine Zukunft ist. Gewonnen hat der Film „Woman at War“. Es geht um Halla, eine fünfzigjährige unabhängige Frau. Aber hinter den Kulissen einer ruhigen Routine führt sie als leidenschaftliche Umweltaktivistin ein Doppelleben und kämpft gegen die örtliche Aluminiumindustrie in Island. Es gelingt ihr auch, die Verhandlungen zwischen der isländischen Regierung und dem Unternehmen über den Bau einer neuen Aluminiumhütte in den Bergen zu stören. Aber gerade als sie mit der Planung ihrer größten und kühnsten Operation beginnt, erhält sie einen unerwarteten Brief, der alles ändert. Ihr Antrag auf Adoption eines Kindes wurde endlich angenommen und in der Ukraine wartet ein kleines Mädchen auf sie. Bevor sie allerdings Mutter wird, beschließt sie, einen letzten Angriff zu planen, um der Aluminiumindustrie einen lähmenden Schlag zu versetzen. Dass dieser Film ausgewählt wurde, passt zur starken Fokussierung der Mehrheit des Parlaments auf umweltpolitische Probleme.

Den zweiten Platz belegte der zweite Film „Styx“, der eigentlich der Favorit meines Teams war. In dem Film geht es um die erfolgreiche und engagierte Rike, die sich ihren Lebenstraum erfüllt, indem sie alleine mit ihrem Segelboot nach Acension Island im Atlantik aufbricht. Nach einem Sturm befindet sie sich in der Nähe eines angegriffenen Fischerbootes. Etwa hundert Menschen ertrinken. Rike folgt dem Seerecht und benutzt Funkgeräte, um um Hilfe zu bitten. Da ihre Bitte nirgendwohin geht, muss sie eine bedeutsame Entscheidung treffen.

Den dritten Platz belegte „The other side of everything“. Es geht um Srbijanka Turajlić, Professorin an der Universität Belgrad und eine wichtige politische Persönlichkeit im Kampf gegen den serbischen Diktator Slobodan Milošević in den 1990er Jahren. Srbijanka ist die Mutter der Filmemacherin Mila Turajlić. In ihrem Film porträtiert Mila Turajlić ihre Mutter als Aktivistin gegen das kommunistische Land.

### **Das Saubere-Energie-Paket: eine große Chance, auch für "blaue" Energie – doch es kommt auf die Umsetzung an**

Bis 2030 soll die EU um 32,5 Prozent energieeffizienter werden und gleichzeitig soll 32 Prozent unseres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen. Eine Governance-Strategie auf europäischer Ebene wird dafür sorgen, dass diese Ziele in allen Mitgliedstaaten erfüllt und eingehalten werden. Das ist das Ergebnis von den Trilogverhandlungen zu den Energieeffizienz- und Erneuerbaren-Energien-Richtlinien sowie zur Verordnung über das Governance-System der Energieunion, die in der November-Plenarwoche in Straßburg bestätigt wurden.

Ich finde es folgerichtig und sinnvoll, nach 2020 ambitioniertere Ziele für 2030 zu setzen. Wir müssen energieeffizienter werden und die Entwicklung erneuerbarer Energien fördern. Es muss allerdings auch darauf geachtet werden, dass dieser Wandel technologieneutral erfolgt - denn nur so können wir sicherstellen, dass sich die beste Technologie durchsetzt und sich die unterschiedlichen Regionen anhand ihrer Möglichkeiten und Potenziale entwickeln. Gerade für Küstenregionen hat das Meer durch

Offshorewind, Wellen, Tidehub und Unterschiede zwischen Salz- und Süßwasser viel an "blauer" Energie zu bieten. Die Produktion von Energie aus forstwirtschaftlichen Abfällen und Lebensmittelresten stellt für landwirtschaftliche Regionen eine ebenso große Chance dar und trägt zur Kreislaufwirtschaft bei. Allerdings ist der Ausbau einer passenden Infrastruktur die zentrale Voraussetzung für den Ausbau von erneuerbaren und alternativen Energien – die Energie muss beim Verbraucher und Produzenten auch ankommen. Da müssen die Mitgliedstaaten noch deutlich mehr tun. Darauf hatten wir auch im neulich abgestimmten Bericht zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe hingewiesen.

Somit bringen wir drei wichtige Vorschläge des Gesetzgebungspakets „Saubere Energie für alle Europäer“ voran, ein Paket, das den europäischen Energiemarkt nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und innovativer machen soll. Weitere Gesetzesvorschläge des Pakets werden in den nächsten Plenarsitzungen abgestimmt.

### **Reform der Bahnpassagierrechte**

Wir haben letzte Woche auch unsere Position zur Revision der Bahnpassagierrechte angenommen. Das Parlament möchte nicht nur die bisher moderaten Kompensationszahlungen im Bahnverkehr anheben (50 % des Ticketpreises ab 1 Stunde Verspätung, 75 % ab 90 Minuten, 100 % ab 120 Minuten). Wir haben in unserer Position vor allem eine Schwachstelle behoben, die uns schon lange beschäftigt: Passagiere, die für eine Bahnstrecke mehrere Tickets kaufen müssen, sollen die gleichen Rechte bekommen wie Besitzer eines durchgehenden Tickets. Bisher gilt das Recht auf Weiterbeförderung und Kompensationszahlungen bei Verspätung nämlich nur pro Ticket und nicht unbedingt für die gesamte Reise. Das ist ungerecht. Der Passagier hat nämlich überhaupt keinen Einfluss darauf, wie Bahngesellschaften untereinander kooperieren und wie viele Tickets er für eine Strecke kaufen muss, gerade bei Fahrten über Grenzen hinweg. In Zukunft sollte jeder Passagier, wenn er wegen Verspätung einen Anschluss verpasst hat, einfach den nächsten passenden Zug nehmen dürfen – egal, ob er eine Reservierung hat und egal, welche Bahngesellschaft den Zug betreibt.

Die Passagierrechte sollten unserer Meinung nach auch für Bahnen im Nahverkehr gelten, die bisher ausgenommen sind. Wobei die Kompensationszahlungen für Verspätungen allerdings erst ab einem Ticketpreis von 5 € greifen würden. Außerdem sollte man als Passagier mit Behinderung anders als heute auch ohne Voranmeldung in großen Bahnhöfen Hilfe bekommen. Das Europaparlament setzt damit sechs Monate vor den Europawahlen ein starkes Zeichen, wie man konkret die Bahnpassagiere besserstellen könnte. Mit dieser Position wird das neue Parlament nach den Europawahlen die Trilogverhandlungen starten, wenn der Ministerrat hoffentlich auch zu einer gemeinsamen Linie gefunden hat.

## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **SEARICA: Für nachhaltige Maritim- und Küstentourismus Gemeinschaften**

Diese Searica Veranstaltung Anfang November wurde ausnahmsweise nicht von mir, sondern von meinem Vize-Präsidenten Tonino Picula, ehemaliger Außenminister aus Kroatien, geleitet. Das Mittelmeer ist eines der beliebtesten Urlaubsziele und die Mittelmeerländer hängen stark vom Tourismus ab. Wie Tonino Picula erklärte, kommt jeder 5. € aus der Tourismusbranche. Nichtsdestotrotz funktioniert der Tourismus auch auf Kosten der Umwelt: 13 Millionen Touristen jedes Jahr hinterlassen ihre Spuren. Zahlen belegen, dass ein einzelner Tourist während seines Urlaubs 3x mehr Wasser verbraucht und 15x mehr Müll generiert als ein Einheimischer. Deswegen ist es wichtig, dass Städte und Küstengemeinden einen effektiven Managementplan haben. Es gibt zum Beispiel schon ein Europäisches System für Tourismusindikatoren. Mit diesem System können Städte und Küstengemeinden sehen, wie nachhaltig sie im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden sind. Andererseits kann man mit dem System auch überwachen, ob sich die Umweltleistung einer Stadt oder Gemeinde im Laufe der Zeit verbessert. Global gesehen ist der Tourismus die drittgrößte Industrie der Welt. Deswegen haben alle zugestimmt, dass nachhaltiger Tourismus eine immer wichtigere Rolle auf der politischen Agenda spielt.

### **European Maritime Single Window (Schatten-Berichterstatteerin)**

Derzeit wird im TRAN-Ausschuss das europäische einheitliche Fenster für den Seeverkehr oder „European Maritime Single Window“ (EMSW) diskutiert. Es ist Teil des dritten Mobilitätspakets für mehr Digitalisierung im Transportsektor. Dabei geht es um die Formalitäten, die Schiffe beim Ein- und Auslaufen von Häfen einhalten müssen. Noch sind sie von Hafen zu Hafen sehr unterschiedlich: unterschiedliche Formulare, unterschiedliche benötigte Informationen, unterschiedliche Übertragungswege. Ganz zu Beginn meiner Zeit im Europaparlament 2010 hat man mit der Richtlinie über Meldeformalitäten von Schiffen schon versucht, das Leben der Reeder mit einheitlichen Vorgaben zu vereinfachen. Doch wie sich in der Praxis rausgestellt hat, waren die Vorgaben nicht genau genug und haben die Situation nicht verbessert, außerdem waren sie freiwillig und nicht verpflichtend. Wenn ein Schiff heute vor dem Einlaufen beispielsweise die Liste seiner Besatzungsmitglieder durchgeben muss, kann es allein dafür mehrere Varianten geben: erst Vor- oder Nachname, beim Geburtsdatum Punkt, Binde- oder Schrägstrich zwischen den Zahlen etc. De facto müssen die Kapitäne die Informationen für jeden Hafen neu anpassen, auch wenn die Besatzung sich gar nicht geändert hat. Es gibt also erheblichen Spielraum für weitere Vereinfachung und eine Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Reedereien. Auf nationaler Ebene wurde Einiges durch die Vorgängergesetzgebung schon erreicht, aber gerade für Schiffsverkehre zwischen Mitgliedstaaten muss man nachbessern.

Ich habe dieses Problem schon seit Jahren verfolgt und freue mich, dass wir die Arbeit an diesem Vorschlag nun begonnen haben. Mitte Januar soll die Position des Verkehrsausschusses stehen. Denn auch hier muss es schnell gehen, wenn wir den Gesetzestext noch vor den Europawahlen abschließen wollen, dann unter der Ratspräsidentschaft Rumäniens. Die Mitgliedstaaten einigen sich hoffentlich im Dezember auf eine gemeinsame Position.



## **EMMA Konferenz über die europäische Binnenschifffahrt**

Am Dienstag, dem 6. November, hatte ich Gelegenheit, an einer Podiumsdiskussion über die Zukunft des europäischen Seeverkehrs und der Binnenschifffahrt teilzunehmen. Ausgangspunkt war das Projekt EMMA, das sich mit der Verbesserung des europäischen Seeverkehrs und der Binnenschifffahrt innerhalb Europas beschäftigt.

Der Diskussion gingen mehrere Vorträge über Beispiele und Programme zur Erleichterung und Entwicklung der Binnenschifffahrt voraus, die von Finanzierungsinitiativen über Infrastrukturänderungen bis zur Entwicklung neuer Software für die Verbreitung von Informationen unter den Verladern reichten. Es gibt bereits Projekte in ganz Europa, von Schweden bis Polen und auch schon im Hamburger Hafen, die Binnenschifffahrt und Fluss-Seeschifffahrt in eine innovative Richtung schicken können. Leider lassen nationale und europäische Rechtsvorschriften hier noch etwas zu wünschen übrig. Durch Überbesteuerung, -regulierung und -beschränkungen und das Fehlen eines einheitlichen Ansatzes über Schifffahrt auf Flüssen und Seen ist der Fortschritt langsam und Privatinvestitionen für die Binnenschifffahrt sind schwer zu sichern.

Ohne eine ordnungsgemäße Verkehrsinfrastruktur, Gesetzgebung und Zugänglichkeit kann der europäische Binnenmarkt nicht funktionieren. Als Mitglied des Transportausschusses konzentrierte ich mich in meinem Vortrag auf bestehende Vorschriften der europäischen Kommission und was sich noch ändern muss, um das vollständige Potenzial des Transports per Binnenschiff für den europäischen Binnenmarkt zu nutzen. Zum Beispiel müssen meiner Meinung nach mehr umweltfreundliche Schiffe und Digitalisierung eingesetzt werden.

## **MetalleProKlima - Wie können wir das Investitionsklima Europas für eine kohlenstoffarme Industrie verbessern?**

Als nächstes gab es am Mittwoch, dem 7. November, eine Podiumsdiskussion über die Förderung der kohlenstoffarmen Industrie, die von Metalle Pro Klima veranstaltet wurde.

Dieses engagierte Panel bot mir die Gelegenheit, mit einigen Experten vor Ort über die angekündigte Langfriststrategie zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2050 mit der Europäischen Kommission zu diskutieren. Die Kommission will mit ihrer angekündigten Strategie eine nachhaltigere Entwicklung in der Industrie anregen. Auch hier gab es einige Beispiele von erfolgreichen Initiativen aus der Industriewelt. Die Hauptfrage in dieser Debatte war, wie wir das Investitionsklima in Europa für neue Technologien und eine kohlenstoffarme Industrie weiter verbessern können.

Neue nachhaltige und umweltfreundliche Technologien gibt es schon massenweise. Bis jetzt fehlt aber ein vernünftiger Rahmen, um den Gebrauch dieser neuen Technologien anzuregen und einen wettbewerblichen Markt für sie herzustellen. Dies muss mit stabilen Preisen auf dem Energiemarkt und der Schaffung von Vorteilen für die Industrie in der internationalen Umgebung verbunden werden.

## Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:**  
Mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Gesetze zur Plastikstrategie
- **Demnächst im Trilog:**  
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie
- **Im Ausschuss:**  
Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU, Programm 2021-2027, Maritime Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

## *II. Aus Deutschland und aller Welt*

### **Bali: Internationales Prominententreffen bei der Our Ocean Konferenz**

Nach Malta und der EU im letzten Jahr war dieses Mal Indonesien Gastgeber der 5. Konferenz "Our Ocean" - ein Format, das der ehemalige amerikanische Außenminister John Kerry begründet hat. Viele Prominente wie Leonardo di Caprio und Angelina Jolie setzen sich mittlerweile für die Meeresgesundheit ein, aber auch "gekrönte" Häupter wie Königin Nur von Jordanien, Prinz Charles und Fürst Albert von Monaco - die beiden letztgenannten waren auch bei der Konferenz in Nusa Dua im Süden Balis als Redner wieder mit von der Partie. "Our Ocean" ist mittlerweile wie ein großes Familientreffen der globalen maritimen Szene, und wie bei internationalen Treffen üblich, gibt es auch jeweils Tische mit Schildern der jeweiligen Delegation. Ich durfte als Sondergesandte des Parlamentspräsidenten für Meerespolitik gemeinsam mit unserem maltesischen Meereskommissar Karmenu Vella, mit dem ich sehr eng zusammenarbeite, die Europäische Union vertreten und saß entsprechend zwischen "Ethiopia" und "Fidji" - von den Fidschi-Inseln kommt übrigens der Sondergesandte für Meerespolitik der Vereinten Nationen. Die Konferenz war mit hohen Sicherheitsvorkehrungen versehen, schon allein der vielen Regierungsvertreter Indonesiens wegen - Regierungschef, Außenministerin, Fischereiministerin, dazu kamen dann noch Minister und Staatschefs insbesondere aus Ozeanien. Aber auch Deutschland war prominent vertreten mit der Umweltministerin Svenja Schulze, die ich bei der Gelegenheit kennenlernen konnte.

Diskutiert wurden wieder viele Themen rund ums Meer mit jeweiligen Updates: Blaues Wachstum - also generell das Potential der maritimen Wirtschaft für die Zukunft mit Aquakultur, blauer Biotechnologie, Meeresenergie und Rohstoffen aus dem Ozean; Überfischung und Wege zu einer nachhaltigen Fischerei; umweltfreundlichere Schiffe und Möglichkeiten, den wachsenden Kreuzfahrttourismus für Biodiversität und Bewohner der besuchten Städte verträglich zu gestalten; die Notwendigkeit, mehr marine Schutzzonen einzurichten; Klimawandel und Meeresspiegelanstieg - eine Bedrohung insbesondere für Inseln im Pazifik; und natürlich Meeresverschmutzung und Plastikmüll, in Asien - auch dem mittlerweile gut erschlossenen Bali - ein Riesenproblem. Traditionell gab es am Ende jedes Themenblocks wieder "Commitments": dabei haben Vertreter der jeweiligen Staaten oder auch große Unternehmen die Möglichkeit, in 1 Minute Zusagen abzugeben für finanzielle Unterstützung, neue Gesetzgebung, neue Projekte, Ausweisung von weiteren Meeresschutzzonen (hier hat Indonesien viel versprochen) oder andere Vorhaben. Bei der nächsten Konferenz - 2019 richtet Norwegen "Our Ocean" in Oslo aus - wird dann von der Umsetzung und den Erfolgen berichtet, also ein Anreiz für alle Staaten und Unternehmen, dann gut dazustehen.

Parallel zur eigentlichen Konferenz fand wie schon im letzten Jahr neben einer großen maritimen Ausstellung auch eine Jugendkonferenz statt. Für mich gab es daher ein Wiedersehen mit engagierten jugendlichen Meeresschützern aus Europa, USA, Brasilien und Australien - und natürlich auch aus Bali: für die Plastikausstellung im April in Brüssel hatte ich ja Melati Wijssen eingeladen, und jetzt waren auch ihre jüngere Schwester Isabel und viele Freunde und Mitstreiter dabei. Die beiden Schwestern - mittlerweile 15 und 17 Jahre "jung" - haben vor 5 Jahren gemeinsam mit einigen Mitschülern die Initiative "Bye bye Plastic bag" gegründet und sich vorgenommen, sich für ein plastikfreies Bali einzusetzen, was sie auch sympathisch und energisch betreiben. Bei der großen Plastikverschmutzung in Asien ist es zwar bis dahin noch ein langer Weg, erschwert dadurch, dass es dort - auch auf Bali - kein funktionierendes Abfallsystem gibt, vieles wird "wild" entsorgt und verbrannt. Positive Beispiele wie das Ressort des bayrischen Wurstproduzenten Magnus Bauch im Norden der Insel, der mangels öffentlicher Einrichtung eine eigene Kläranlage gebaut hat und auch den Abfall vernünftig entsorgt und bearbeitet, finden hoffentlich bald Nachahmer. Immerhin ein Erfolg: am 1.1.2019 tritt in Indonesien ein Gesetz in Kraft, das den Verbrauch von Plastiktüten und anderen Einmalprodukten entscheidend eindämmen soll -

noch nicht so ambitioniert wie in der EU, aber ein großer Schritt nach vorn. Gut für die Menschen vor Ort, die Touristen, aber natürlich auch für den Ozean und alle Meeresbewohner!

### **Madrid und Berlin: Europawahl im Fokus**

Die Wahl zum Europäischen Parlament findet zwar erst im Mai nächsten Jahres statt, aber natürlich laufen die Vorbereitungen dafür schon auf vollen Touren. So trafen sich beim ALDE-Kongress in Madrid Delegierte der europäischen liberalen Parteien, um das Manifesto - also das Wahlprogramm - zu diskutieren und zu beschließen und sich über Spitzenkandidaturen Gedanken zu machen. Da die Akzente in den nationalen Europawahlprogrammen durchaus unterschiedlich sind, war es gar nicht so einfach, einen Text zu formulieren, in dem sich alle wiederfinden. Drei Themen waren besonders brisant und wurden deswegen in gesonderten Arbeitsgruppen behandelt: Klimaschutz, Migration und Verteidigung. Klimaschutz ambitioniert mit hohen Forderungen zu formulieren fällt natürlich den Staaten leichter, die wenig Industrie haben, wo Produktionsbeschränkungen sich also nicht negativ auf Arbeitsplätze auswirken können. Bei der Verteidigung gibt es deutliche Unterschiede beispielsweise zwischen den Freien Demokraten, die schon lange eine europäische Armee anstreben, und den Niederländern, die dieses absolut ablehnen. Und bei Migration, Asyl und Einwanderung - die Arbeitsgruppe habe ich für unsere FDP-Delegation verhandelt - sind bekanntermaßen die Osteuropäer viel weniger offen als die Skandinavier oder wir Deutschen. Und zum Thema Spitzenkandidat: die ALDE hat beschlossen, dieses mal mit einem Team aus Spitzenpolitikern verschiedener europäischer Länder anzutreten. Die Zusammensetzung ist noch nicht bekannt, aber in jedem Fall soll die dänische Kommissarin Margrethe Vestager (für viele eine Wunschkandidatin) dazugehören. Und nachdem Macron und sein Team während des Kongresses bekannt gegeben haben, dass sie sich eine Zusammenarbeit mit der ALDE wünschen, könnte auch ein/e Kandidat/in von En Marche dem Team angehören. Es bleibt spannend!

Freiheitskonvente in Berlin finden bereits seit einigen Jahren zu unterschiedlichen Themen statt. Dieses Mal ging es um Europa - mit einer leidenschaftlichen Rede unserer FDP-Spitzenkandidatin und Generalsekretärin Nicola Beer, einer Gesprächsrunde unter anderem mit dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank EIB Werner Hoyer, dem Begründer von "Pulse of Europe" und einer Politikerin unserer österreichischen Partnerpartei NEOS, und drei anschließenden Workshops. Teilnehmen und mit diskutieren können alle interessierten Parteimitglieder und die Veranstaltung ist immer gut besucht. Natürlich waren auch viele Kandidatinnen und Kandidaten da, die sich für das nächste Europäische Parlament bewerben. Ich werde nach insgesamt 16 Jahren als Parlamentarierin - erst Landtag, dann Europaparlament - ja nicht wieder antreten. Aber bis zum Ende des Mandats bleibe ich natürlich voll im Einsatz und werde Ihnen entsprechend weiter berichten!

### **Langenhagen: Besuch bei UPS**

Möglichst früh morgens sollte ich kommen, hatte man mir gesagt, und es hat sich gelohnt: so konnte ich beobachten, wie eine ganze Armada brauner UPS-Sprinter schnell und fachkundig beladen wurde, bevor dann nahezu zeitgleich sich alle Fahrzeuge in verschiedene Richtungen in Bewegung setzten, um die fristgerechte Auslieferung zu beginnen. Beladen wird nach einem ausgeklügelten Computer-gestützten System, das ein effizientes Ausladen nach Stadtteilen oder Ortschaften ermöglicht. UPS Langenhagen setzt mittlerweile einige E-Fahrzeuge ein und benutzt gerade zur Auslieferung in Hannover auch E-Fracht-Bikes. Die meisten Mitarbeiter haben feste Touren, nur wenige sind „Springer“. Beeindruckt hat mich das positive Betriebsklima, das in einer Art großem „Morgenkreis“ vor Besteigen der Fahrzeuge deutlich wurde – und auch, dass einige Frauen unter den Fahrern waren. UPS würde gern mehr Frauen

einstellen, da sie mit ihren Fahrerinnen gerade in stressigen Hochdruckphasen durch die Bank weg positive Erfahrungen gemacht haben, bekommt aber – noch - zu wenig Bewerbungen.

## *IV. Terminvorschau*

19.-22.11.	Brüssel	Ausschüsse, Trilog
19.11.	Brüssel	Grußwort Jubiläum Friedrich-Naumann-Stiftung (FNF)
20.11.	Brüssel	FNF-Podium zur Zukunft Europas
21.11.	Brüssel	2 Meereskonferenzen
23./24.11.	Berlin	BFA Internationales
26.11.	Berlin	Termine im Bundestag
26.-29.11.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Plenum
29.-30.11.	Brüssel	AG Europa der Fraktionsvorsitzendenkonferenz
30.11.	Burgwedel	Liberales Grünkohlessen
1.12.	Hannover	LFA Europa
3.-6.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
5.12.	Brüssel	2 Meereskonferenzen
10.-13.12	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe
14.12.	Wennigsen	Gespräch mit NaBu-Landesvorsitzendem

19. November 2018